

3284/AB
= Bundesministerium vom 04.11.2020 zu 3278/J (XXVII. GP)
bmafj.gv.at
 Arbeit, Familie und Jugend

Mag. (FH) Christine Aschbacher
 Bundesministerin

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

christine.aschbacher@bmafj.gv.at
 +43 1 711 00-0
 Untere Donaustraße 13-15, 1020 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.570.196

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3278/J-NR/2020

Wien, am 04. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Herr, Genossinnen und Genossen haben am 04.09.2020 unter der **Nr. 3278/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2, 6 und 7

- Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen haben Sie seit Angelobung der Regierung am 7. Jänner 2020 ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
 - Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?
 - Wie viele Tonnen CO₂ wurden durch diese Maßnahmen im Zeitraum zwischen Angelobung der Regierung und dem Zeitpunkt Ihrer Anfragebeantwortung eingespart?
- Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende zu ergreifen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?

- *Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?*
 - *Wie viele Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden?*
- *Haben Sie Pläne oder Konzepte, wie Sie innerhalb Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bis 2040 Klimaneutralität erreichen können?*
 - *Wenn ja, wie sehen diese aus?*
 - *Wenn nein, haben Sie die Ausarbeitung solcher Pläne oder Konzepte eingeleitet?*
- *Das Regierungsprogramm nennt das Ziel einer Sanierungsquote von 3%. Wie hoch ist aktuell die Sanierungsquote in den von Ihrem Ministerium genutzten Gebäuden?*

Die derzeit eingeschränkten Möglichkeiten Veranstaltungen, Meetings und Reisen durchzuführen, hat nicht nur zu einer Verminderung der CO₂ Emissionen, sondern allgemein zu einem Umdenken hinsichtlich des bisherigen Büroalltags geführt. Dieses Umdenken möchte ich in meinem Ressort nun auch abseits von COVID-19 in den Alltag meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mir einbauen.

Die Arbeitsplätze vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden mobilisiert und Telearbeit eingerichtet, wodurch der Personenverkehr zwischen dem jeweiligen Wohnort und der Arbeitsstätte auf ein Minimum reduziert wurde. Dadurch ist ebenso eine Verringerung der Reisetätigkeiten innerhalb des Ressorts bzw. auch zu externen Stellen zu erwarten. Auch in Zukunft werden wir vor allem für die Zentralstelle vermehrt Videokonferenzen durchführen, um so die Reisetätigkeiten auf das Notwendigste zu beschränken.

Der Großteil der Dienstreisen des AMS und der IEF-Service GmbH wird mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt. Die IEF-Service GmbH verfügt über keine Fahrzeuge bzw. unterhält keinen eigenen Fuhrpark. Flugreisen werden seit mehreren Jahren von der IEF-Service GmbH nicht mehr in Anspruch genommen. Aufgrund der Maßnahmen, die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie gesetzt wurden, konnten die Emissionen der Dienstfahrzeuge zwischen März und Ende Juni beim AMS um 66% reduziert werden.

Die Familie & Beruf Management GmbH (FBG) absolviert den Großteil der Dienstreisen mittels öffentlicher Verkehrsmittel bzw. durch Bildung von Fahrgemeinschaften. Die FBG verfügt über keine Fahrzeuge und auch keinen eigenen Fuhrpark. Flugreisen werden von der FBG nicht in Anspruch genommen. Die FBG hält keine Gebäude bzw. Büroflächen im Eigentum, diese sind zur Gänze angemietet. Aus diesem Grund obliegt die Erhaltung, der Ausbau und die Ökologisierung der Mietobjekte der jeweiligen Vermieterin bzw. dem jeweiligen Vermieter. Auch die Umsetzung von Veranstaltungen erfolgt nach eigenen Konzepten, um möglichst ressourcenschonend zu arbeiten.

Aktuell werden Überlegungen für die Post-Pandemie-Phase angestellt, verstärkt Home-Office als Arbeitszeit-Modell für das Ressort zu etablieren. Diese umfassen auch Planungen für die Verringerung von Reisetätigkeiten zwischen Wohnungs- und Dienstort bzw. zwischen den Dienstorten durch Ausweitung der Nutzung von Videokonferenzen für Besprechungen bzw. für Schulungen. Eine evidenzbasierte Schätzung der CO2-Einsparungen liegt mangels entsprechender Referenzwerte derzeit nicht vor.

Auch hinsichtlich der Durchführung von Veranstaltungen haben meine zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits ein erstes Konzept entwickelt, um auch in diesem Bereich möglichst ressourcenschonend zu arbeiten.

Bei Neuabschluss bzw. Vertragsverlängerungen von Mietverträgen wird von meinem Ressort vermehrt darauf geachtet, den Aspekt der klimaneutralen Nutzung der Gebäude in die Vertragsverhandlungen aufzunehmen.

Für das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend und dessen nachgelagerte Dienststellen werden die Beschaffungen weitgehend über die Bundesbeschaffung GmbH abgewickelt, deren Vergabeverfahren ökologische Vorgaben enthalten.

Das Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitet nicht erst seit 07. Jänner 2020 an der Reduktion von CO2-Emissionen, sondern verfolgt seit 2010 im Rahmen des aktuell in Bearbeitung befindlichen „Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“ Einsparungsmaßnahmen im Bereich des Klimaschutzes.

Knapp 30% der im AMS in Verwendung stehenden Gebäude bzw. Büroflächen stehen im Eigentum des AMS, rund 70% der genutzten Gebäude bzw. Büroflächen sind angemietet. Bauliche Maßnahmen zur Ökologisierung sind daher oftmals auch von Initiative bzw. Bereitschaft der jeweiligen Vermieter abhängig. Im 1. Halbjahr 2020 wurde das nach nachhaltigen Gesichtspunkten errichtete und angemietete Gebäude des AMS Wels bezogen und die dortige Photovoltaikanlage in Betrieb genommen. Auch in Wien bezogen zwei Geschäftsstellen (Wien 2 sowie das AMS für Jugendliche) neue, nach nachhaltigen Gesichtspunkten errichtete Mietflächen.

Grundsätzlich sind die Themen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz schon seit Jahren auch beim AMS ein fixer Bestandteil in Zusammenhang mit der IT-Ausstattung und deren Betrieb. Im Zuge des letzten Hardwaretauschs im 2. Halbjahr 2019 wurden diese Kriterien auch wieder in der Auswahl berücksichtigt. So konnte Beispielweise durch den Einsatz von SSD Festplatten die Energieaufnahme der Geräte im Vergleich zu klassischen Festplatten erheblich reduziert werden.

Neben den Optimierungen der Energiespareinstellungen (wie etwa Verdunkeln bzw. Ausschalten des Bildschirmes bei Inaktivität) wird auf allen im AMS eingesetzten Laptops bzw. Desktops ein Shutdown Skript eingesetzt, das sicherstellt, dass die Geräte täglich auch dann herunterfahren werden, wenn die Endbenutzerin bzw. der Endbenutzer am Ende des Arbeitstages vergessen sollte, das Gerät manuell auszuschalten. Dies betrifft auch die sogenannten Selbstbedienungsgeräte, die den Kundinnen und Kunden in den Geschäftsstellen zur Verfügung stehen.

Die Gesamtinvestitionshöhe für bauliche Maßnahmen zum Klimaschutz kann für das AMS nicht beziffert werden, da die Umsetzung vorzugsweise im Zuge von Neuerrichtung bzw. Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erfolgt, welche zu großen Teilen auch von den Vermietern auf Initiative des AMS durchgeführt werden.

Die Erträge aus Photovoltaik-Anlagen im AMS für das heurige Jahr betragen ca. 230.000 kWh, die CO2-Einsparung für das heurige Jahr beträgt rund 115 t. Einsparungen, die im AMS infolge der Umstellung der Beleuchtung von Glühbirnen, Leuchtstoffröhren und Energiesparlampen auf LED-Beleuchtungskörper erfolgt sind, können nicht beziffert werden. Dasselbe trifft auf die Nachjustierung von Heizanlagen, bessere Dämmung der Objekte, etc. zu.

In der zweiten Jahreshälfte 2020 werden die Photovoltaikanlagen des AMS Neusiedl am See und des AMS Landeck in Betrieb genommen. Seitens des AMS wurden dafür insgesamt rund 40.300 Euro investiert. Die Gesamtinvestitionshöhe kann nicht beziffert werden, da die Umsetzung vorzugsweise im Zuge von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erfolgt, welche zu großen Teilen auch von den Vermietern auf Initiative des AMS durchgeführt werden.

Die IEF-Service GmbH hält keine Gebäude bzw. Büroflächen im Eigentum, diese sind zur Gänze angemietet. Aus diesem Grund obliegt die Erhaltung, der Ausbau und die Ökologisierung der Mietobjekte der jeweiligen Vermieterin bzw. dem jeweiligen Vermieter. Im größten Mietobjekt der IEF-Service GmbH am Standort Wien, an dem mehr als die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untergebracht ist, wurde im Jahr 2019 vom Vermieter auf dem Flachdach eine Photovoltaikanlage zur Deckung des im Gebäude auftretenden Strombedarfs installiert.

Eine Schätzung der finanziellen Aufwendungen für die IEF-Service GmbH liegt vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen (Mietobjekte, kein Fuhrpark) aktuell nicht vor.

Eine evidenzbasierte Schätzung der CO2-Einsparungen für das laufende Jahr 2020 liegt für die IEF-Service GmbH derzeit nicht vor, es kann aber festgehalten werden, dass durch Dienstreisen, die mit der ÖBB absolviert wurden, im Jahr 2019 26,2 Tonnen und im Jahr 2018 23,1 Tonnen an CO2 eingespart werden konnten.

Durch die effizientere Nutzung von Büroflächen am Standort der Arbeitsinspektorate in 1010 Wien, Fichtegasse 11, konnte der Standort des Arbeitsinspektorates für Wien Süd und Umgebung in 1040, Wien, Belvederegasse 32, im September 2020 aufgelassen werden. Es erfolgte demnach eine Reduzierung der Mietflächen um 460 m². Durch die Reduzierung der Mietflächen werden unter anderem Einsparungen bei Strom und Heizung erreicht.

Die Arbeitsinspektorate sind überwiegend in Gebäuden der ARE GmbH eingemietet. Eigentum an Gebäuden besteht nicht. Aus diesem Grund kann die Instandsetzung und Instandhaltung, der Ausbau und die Ökologisierung der Mietobjekte nur im Zusammenwirken mit der jeweiligen Vermieterin bzw. dem jeweiligen Vermieter erfolgen. Durch die Übersiedlung eines Arbeitsinspektorates sind Einmalkosten für Spedition, Möbelanschaffung, Maler, Installateur, etc. entstanden, die nicht als Berechnungsgrundlage für die Reduzierung der CO2-Emissionen herangezogen werden können. Die Einmalkosten sind überwiegend den reduzierten Miet- und Betriebskosten gegenüberzustellen.

Da die Übersiedlung erst im September 2020 stattgefunden hat, kann noch keine CO2 Einsparung ermittelt werden. Zukünftig ist jährlich mit einer CO2 Einsparung von ca. 45 t zu rechnen.

Zu den Fragen 3 bis 5

- *Erfassen Sie die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO2-Emissionen?*
 - *Wenn ja, wie hoch sind diese aktuell für das Jahr 2020? Falls Daten für das heurige Jahr nicht verfügbar sind, bitte um Angabe der aktuellsten Daten.*
 - *Wenn nein, planen Sie eine solche Erfassung einzuführen?*
 - *Wenn nein, gibt es eine Schätzung?*
- *Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO2-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*
- *Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO2-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*

Es darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3283/J durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie verwiesen werden.

Zur Frage 8

- Das Regierungsprogramm nennt für Neubauten das Ziel von Niedrigstenergiehaus-Standards und verpflichtenden PV-Anlagen. Sind in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) aktuell Neubauten in Bau, Planung oder Anbahnung?
 - Wenn ja, welchen Energiestandards unterliegen diese Neubauten? (mit Bitte um Auflistung aller Neubauprojekte, deren aktuelle Bauphase und der jeweiligen Energiestandards)
 - Wenn ja, wie viele kWh Strom sollen die in diesen Neubauten vorgesehenen PV-Anlagen pro Jahr erzeugen?

Derzeit sind keine Neubauten für das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend in Planung.

Aufgrund wirtschaftlicher Vorgaben wird auch bei neuen Objekten, die das AMS bezieht, konventioneller Energiestandard erreicht (d.h. Photovoltaik, herkömmliche Wärmedämmung, Fernwärme). Diese Standards werden auch bei zwei derzeit durch Dritte in Planung befindlichen Neubauten, die das AMS nach Fertigstellung 2022 voraussichtlich anmieten wird, erreicht. Das AMS selbst plant aktuell keine Neubauten.

Die Leistung der PV-Anlagen in Miet- bzw. Eigentumsobjekten des AMS wird grundsätzlich auf den Eigenbedarf ausgelegt, ist aber immer von der zur Verfügung stehenden (Dach-)Fläche, den Kosten und dem Entgegenkommen von Vermietern abhängig.

Jedoch wurde bei der Auswahl des neuen Standortes für die Sektion I auf ein besonders energieeffizientes und klimafreundliches Bürogebäude wertgelegt. Es wurde mit dem Vermieter vereinbart bei der Bewirtschaftung und Nutzung des Mietgegenstandes mit Ressourcen und Energie schonend und sparsam umzugehen. Das Gebäude, in dem sich die Büroräumlichkeiten befindet, ist LEED® zertifiziert mit dem Status „Platin“.

Seitens der IEF-Service GmbH ist weder ein Neubezug von Mietobjekten noch ein Neubau im Eigentum geplant.

Für die Arbeitsinspektorate ist kein Neubau geplant.

Zur Frage 9

- Das Regierungsprogramm nennt das Ziel von 100% Umweltzeichen-zertifiziertem Ökostrom ab 2021. Wie viel Prozent des Strombedarfs Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des

Bundes stehen) werden aktuell durch Umweltzeichen-zertifizierten Ökostrom gedeckt?

- Wie planen Sie die Erreichung von 100% bis 2021?

Aktuell wird an den Standorten des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend noch kein Ökostrom bezogen. Der Strombedarf hierbei wird aus bestehenden Verträgen der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) gedeckt.

Derzeit beziehen auch das AMS und die IEF-Service GmbH den durch Photovoltaik nicht abdeckbaren Strombedarf über die BBG mit einem Anteil von 100% aus erneuerbaren Energiequellen.

Jedoch freut es mich auch hier bekanntzugeben, dass das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend für die neue Ausschreibung der Bundesbeschaffung 2022 den Bedarf für Ökostrom nach UZ 46 für sämtliche Standorte eingemeldet hat. Dieser „Grüne Strom“ entspricht den Anforderungen der Richtlinie UZ 46 des Österreichischen Umweltzeichens und besteht sohin nachweislich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern.

Zur Frage 10

- Das Regierungsprogramm nennt als Ziel die Mindestanforderungen der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events sowie Green Meetings für Veranstaltungen. Hält Ihr Ministerium diese Mindestanforderungen bereits ein?
 - Wenn nein, wie planen Sie diese Mindestanforderungen zu erreichen?

Das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend ist bemüht die Mindestanforderungen der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events sowie Green Meetings für Veranstaltungen einzuhalten. Bei der Beschaffung der Lebensmittel für Events wird versucht auf regionale Produkte und Produzenten zurückzugreifen.

Zu den Fragen 11 und 12

- Das Regierungsprogramm nennt den öffentlichen Fuhrpark als Vorbild für alternative Antriebstechnologien. 2022 sollen diese bei Neuanschaffungen der öffentlichen Hand Standard sein. Wie hoch liegt der Anteil alternativer Antriebstechnologien im aktuellen Fuhrpark Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?
 - Wie planen Sie diesen zu erhöhen?
- Das Regierungsprogramm betont die Wichtigkeit von Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge in Gebäuden. Wie hoch ist der Anteil an Gebäuden in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen), die bereits über Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge verfügen?
 - Wie planen Sie diesen zu erhöhen?

Derzeit verfügt der Fuhrpark des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend, welcher zwei Fahrzeuge umfasst, über keine Fahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien. Eines dieser beiden Fahrzeuge verfügt jedoch über ein hybrides Antriebsmodell.

An den meisten Standorten des Bundesministeriums besteht entweder direkt am Standort eine Anschluss- bzw. Lademöglichkeit für batterieelektrische Fahrzeuge oder zumindest in unmittelbarer Nähe des Gebäudes. Auch am neu geplanten Standort für das Präsidium bestehen mehrere Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge. Da sich die meisten Standorte meines Ministeriums in keinen Gebäuden der öffentlichen Hand befinden, hat das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend bloß geringe Einflussmöglichkeiten diese Anteile zu erhöhen.

Mag. (FH) Christine Aschbacher

